



Republik Österreich  
DER BUNDESKANZLER

II-1175 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
DVR: 0000019

Zl. 353.110/21-I/6/91

14. März 1991

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER

Parlament  
1017 W i e n

355/AB  
1991 -03- 15  
zu 327/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.Ing. Dr. Pawkowicz,  
Dr. Gugerbauer, Moser, Gratzner haben am 17. Jänner 1991 unter  
der Nr. 327/J an mich eine schriftliche parlamentarische An-  
frage betreffend "Maßnahmen, die nach wie vor untragbare hohe  
Zahl an Verkehrsoptionen zu verringern" gerichtet, die folgenden  
Wortlaut hat:

"1. Welchen Umfang und welchen Status soll die Exekutiv-Sonder-  
einheit zur Überwachung von Geschwindigkeitsübertretungen  
haben:

- a) In welchem Planstellenbereich soll diese angesiedelt  
sein?
- b) Sollen Planstellen umgewidmet werden? Wenn ja, wer nimmt  
die Agenden der bisherigen Planstelleninhaber wahr?
- c) Sollten zusätzliche Planstellen für diese Aufgaben vor-  
gesehen werden:  
Warum wurden in den Planstellen-Verhandlungen des  
Bundesministers für Inneres sowie dem Bundesminister für  
Finanzen berechtigten Planstellenwünsche des Bundes-  
ministers für Inneres zur Aufstockung der Exekutive für  
verstärkte Anforderungen im Bereich des allgemeinen  
Sicherheits- und Fremdenpolizeiwesens nicht entsprochen?

- 2 -

- d) Wie hoch sind die Personalkosten im laufenden Jahr?
  - e) Wie hoch sind die Personalkosten dieser Einheit gerechnet auf die jeweiligen Lebensverdienstsummen?
2. Wie sieht die Infrastruktur für diese neue Einheit im Detail aus hinsichtlich räumlicher, technischer (einschließlich EDV und Telekommunikation) sowie Fahrzeugausstattung aus?
- a) Wie hoch sind die Kosten hierfür?
  - b) Inwiefern wurden die notwendigen haushaltsrechtlichen Maßnahmen schon getroffen, insbesondere im Stellenplan, hinsichtlich der notwendigen Bauinfrastrukturmaßnahmen, der Anschaffung technischer Ausrüstung (von Kraftfahrzeugen des Bundes bis zu systemisierten EDV-Anlagen) sowie zur finanziellen Bedeckung der laufenden Personal- und Betriebsausgaben?
  - c) Werden angesichts der offensichtlichen Knappheit an Mitteln für die bestehenden Polizei- und Gendarmeriewachkörper Vorsorgen getroffen, daß deren Aufgabenerfüllung nicht noch weiter eingeschränkt werden?
3. Der § 14 des Bundes-Haushaltsgesetzes sieht nunmehr schon seit 1987 vor, daß bei sämtlichen legislativen Maßnahmen (im gegenständlichen Fall nicht nur Regierungsvorlagen, sondern auch bei den notwendigen Verordnungen) Kosten und Nutzen der beabsichtigten Maßnahme darzulegen sind.
- a) Existiert eine Kostennutzenanalyse über die Einführung der Sondereinheit?
  - b) Wenn nicht, existieren wenigstens grobe Aufstellungen über den erwarteten Nutzen?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Die Schaffung einer Verkehrssicherheitspolizei soll - wie anläßlich eines Gesprächs zwischen dem Bundesminister für Inneres und dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr am 9. Jänner 1991 festgelegt wurde - zunächst im Rahmen eines Pilotprojekts geprüft werden.

Konkrete Aussagen zu den vor allem im Rahmen der Frage 1 aufgeworfenen Fragen sind daher derzeit noch nicht möglich.

Darüber hinaus verweise ich auf die Beantwortung der gleichlautenden parlamentarischen Anfragen Nr. 325/J bzw. Nr. 323/J durch die oben genannten Bundesminister.

